

Ausschließliche Zuständigkeiten im internationalen Zivilprozessrecht

Autonomes und europäisches Recht im Vergleich

Bearbeitet von
Inga Cirstin Schüttfort

1. Auflage 2011. Taschenbuch. XXIV, 301 S. Paperback
ISBN 978 3 631 60800 5
Gewicht: 420 g

Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht
allgemein, Gesamtdarstellungen > Internationales Zivilprozessrecht,
Schiedsverfahrensrecht

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



Inga Cirstin Schüttfort

Ausschließliche
Zuständigkeiten
im internationalen
Zivilprozessrecht

Autonomes und
europäisches Recht
im Vergleich



Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	1
A. Problemaufriss: Bedeutung ausschließlicher Zuständigkeiten für das Internationale Zivilprozessrecht	2
I. Ausschließliche Zuständigkeiten nach autonomem Recht und EuGVO	2
1. Das Spiegelbildprinzip	2
a) Entscheidungszuständigkeit	4
b) Anerkennungszuständigkeit	4
c) Negative Kompetenzkonflikte	5
2. Auswirkungen ausschließlicher Zuständigkeiten auf Gerichtsstandsvereinbarungen und rügelose Einlassungen	5
II. Ausschließliche Zuständigkeiten nach ausländischem Recht	6
B. Gegenstand der Untersuchung: Echte Ausschließlichkeitsregeln und halbausschließliche Zuständigkeiten	6
I. Systematik von EuGVO und autonomem Recht	7
II. Abgrenzung nach der Reichweite der Ausnahmeregelungen	8
III. Abgrenzung nach dem Zweck	9
C. Eingrenzung der Untersuchung	9
I. Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit und Familiensachen	10
II. Insolvenzverfahren	11
III. Schiedsgerichtsbarkeit	11
D. Gang der Untersuchung	12
1. Teil: Grundlagen ausschließlicher Zuständigkeiten	15
§ 2 Die Zwecke ausschließlicher Zuständigkeiten	15
A. Echte Ausschließlichkeitsregeln	15
I. Souveränität und Territorialität	15
II. Sach- und Beweisnähe	16
III. Rechtsnähe	17
1. Zusammenhang zwischen Gleichlauf und ausschließlicher Zuständigkeit	17
2. Vorteile der Anwendung gerichtseigenen Rechts	18
IV. Effektivität der Entscheidung	19
V. Vermeiden von sich widersprechenden Entscheidungen	19
B. Halbausschließliche Zuständigkeiten	20
I. Die Schutzzwecke	20

1. Rechtliche Vorteile ausschließlicher Gerichtsstände	20
2. Tatsächliche Vorteile ausschließlicher Gerichtsstände	21
II. Exkurs: Sonstige Schutzmechanismen	21
§ 3 Ausschließliche Zuständigkeiten im deutschen autonomen Recht	23
A. Der Grundsatz der Doppelfunktionalität	23
I. Das Prinzip	23
II. Doppelfunktionalität und ausschließliche Zuständigkeiten	24
1. Gibt es eine ausschließliche internationale Zuständigkeit?	24
2. Reine Ausschließlichkeitsregeln.....	25
a) §§ 32a, 32b ZPO	25
b) Wesenseigene (Un-)Zuständigkeit	27
c) Zwischenergebnis	29
3. Halbausschließliche Zuständigkeiten: Ausschließliche Zuständigkeit für Aktivklagen?	29
B. Das Spiegelbildprinzip	30
I. Negative Kompetenzkonflikte	31
1. Entscheidungszuständigkeit	31
2. Anerkennungszuständigkeit	32
3. Notzuständigkeit	34
4. Zwischenergebnis.....	35
II. Echte Ausschließlichkeitsregeln	35
1. Auswirkung des Spiegelbildprinzips auf die Entscheidungszuständigkeit	35
a) Streitstand	35
aa) Die Rechtsprechung	35
bb) Die herrschende Lehre.....	37
b) Stellungnahme	38
c) Sonderproblem: Muss das ausländische Recht eine dem deutschen Recht entsprechende ausschließliche Zuständigkeit enthalten?	39
2. Ausschließliche Zuständigkeiten als Anerkennungshindernis, § 328 I Nr. 1 ZPO	41
a) Das Spiegelbildprinzip gemäß § 328 I Nr. 1 ZPO	41
b) „Durchbrechungen“ des Spiegelbildprinzips?	43
aa) Einseitige Ausschließlichkeit, §§ 32a, 32b ZPO	44
bb) Anknüpfungsmoment im (ausländischen) Erststaat verwirklicht	44
cc) Anknüpfungsmoment im Inland verwirklicht.....	45

dd) Anknüpfungsmoment im Drittstaat verwirklicht.....	46
c) Zwischenergebnis	47
d) Bedeutung von Art. 22 EuGVO für die Anerkennungszuständigkeit, § 328 I Nr. 1 ZPO.....	47
III. Halbausschließliche Zuständigkeiten.....	49
1. Anwendung des Spiegelbildprinzips bei Ermittlung der Entscheidungszuständigkeit?.....	49
a) Doppelfunktionale Anwendung halbausschließlicher Zuständigkeiten bei Aktivklagen.....	49
b) Doppelfunktionale Anwendung halbausschließlicher Zuständigkeiten bei Passivklagen	50
2. Anwendung des Spiegelbildprinzips bei Ermittlung der Anerkennungszuständigkeit	51
IV. Zusammenfassung	52
C. Beachtung ausschließlicher Zuständigkeiten nach ausländischem Recht?.....	52
I. Entscheidungszuständigkeit	52
II. Anerkennungszuständigkeit	53
III. Zwischenergebnis.....	54
D. Zusammenfassung	54

§ 4 Ausschließliche Zuständigkeiten im europäischen Zivilprozessrecht.....

A. EuGVO.....	55
I. Rahmenbedingungen.....	55
1. EuGVO, EuGVÜ und LugÜ.....	55
2. Verhältnis der Rechtsquellen.....	57
3. Bedeutung des EuGH für die einheitliche Auslegung der Rechtsquellen.....	58
4. Ausblick.....	59
II. Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich der EuGVO	59
1. Grundsätzliche Anwendungsvoraussetzungen	59
a) Bedeutung von Art. 2 I EuGVO.....	59
b) Bezug zu einem weiteren Mitgliedstaat?.....	60
2. Echte Ausschließlichkeitsregeln, Art. 4 I, 22 EuGVO.....	62
a) Anknüpfungsmoment in einem Mitgliedstaat verwirklicht.....	62
b) Spiegelbildliche Anwendbarkeit	62
aa) Abgrenzung	62
bb) Streitstand	63

aaa) Literaturansichten	64
bbb) Die Apostolides-Rechtsprechung des EuGH.....	65
(1) Sachverhalt und Entscheidung des EuGH	65
(2) Bedeutung der EuGH-Rechtsprechung für die spiegelbildliche Anwendung?.....	66
cc) Stellungnahme	67
aaa) Spiegelbildprinzip.....	67
bbb) Sonderproblem: Muss das drittstaatliche Recht eine dem Art. 22 EuGVO entsprechende ausschließliche Zuständigkeit enthalten?.....	69
c) Zusammenfassung	70
3. Halbausschließliche Zuständigkeiten	70
a) Wohnsitz in einem Mitgliedstaat als Anwendungs- voraussetzung	70
b) Spiegelbildliche Anwendbarkeit?	71
4. Verhältnis der EuGVO zum autonomen Zuständigkeitsrecht.....	72
a) Abgrenzung zum autonomen Recht	72
aa) Echte Ausschließlichkeitsregeln.....	72
aaa) Vorrang der EuGVO	72
bbb) Praktische Auswirkungen	72
bb) Halbausschließliche Zuständigkeiten.....	73
aaa) Vorrang der EuGVO	73
bbb) Praktische Auswirkungen	74
b) Folgerung für die Bedeutung autonomen Rechts.....	74
III. Ausschließliche Erstzuständigkeiten nach der EuGVO.....	75
1. Internationale und örtliche Zuständigkeit	75
a) Echte Ausschließlichkeitsregeln	76
b) Halbausschließliche Zuständigkeiten	76
2. Auslegungsgrundsätze.....	77
a) Autonome Auslegung	77
b) Auslegungskriterien.....	78
c) Grundsatz der engen Auslegung ausschließlicher Zuständigkeiten	79
3. Sonderprobleme	81
a) Echte Ausschließlichkeitsregeln	81
aa) Art. 22 Nr. 1 EuGVO.....	81
aaa) Dingliche Rechte an unbeweglichen Sachen (Nr. 1 Alt. 1).....	81
(1) Qualifikation des Begriffs „unbewegliche Sache“ nach der lex causae?.....	81

(2) Enge Auslegung des Begriffs „dingliche Rechte an unbeweglichen Sachen“	82
(3) Lösung: Besondere Zuständigkeit für dingliche Klagen über Rechte an unbeweglichen Sachen	83
bbb) Ferienhaus-Rechtsprechung (Nr. 1 Alt. 2)	84
bb) Art. 22 Nr. 2 EuGVO	86
aaa) Die Sitzbestimmung nach der lex causae	86
(1) Bedeutung des Gesellschaftsstatuts für die Ermittlung des Gesellschaftssitzes	86
(2) Schwierigkeiten bei der kollisionsrechtlichen Ermittlung des Gesellschaftsstatuts	87
(3) Verstoß der Sitztheorie gegen die Niederlassungsfreiheit?	88
(4) Auswirkungen für Art. 22 Nr. 2 EuGVO	89
bbb) Nicht erfasste Streitigkeiten	90
(1) Das Problem	90
(2) Lösung: Besondere Zuständigkeit für Klagen über Gesellschaftsstreitigkeiten	91
cc) Zusammenfassung	91
b) Halbausschließliche Zuständigkeiten: Arbeitsrechtssachen	92
aa) Entwicklung des prozessualen Arbeitnehmerschutzes	92
bb) Aktuelle Rechtslage	93
c) Verhältnis der echten Ausschließlichkeitsregeln zu den halbausschließlichen Zuständigkeiten	94
aa) Grundsatz	94
bb) Timesharing-Verträge	94
4. Zusammenfassung	96
IV. Ausschließliche Zuständigkeiten als Anerkennungshindernis, Art. 35 I EuGVO	97
1. Anwendbarkeit	97
2. Bedeutung der Zuständigkeit für die Anerkennung	97
a) Grundsätzliches Verbot der Zuständigkeitsnachprüfung im Anerkennungsverfahren, Art. 35 III EuGVO	97
b) Ausnahme vom Verbot der Zuständigkeitsnachprüfung, Art. 35 I EuGVO	98
3. Echte Ausschließlichkeitsregeln	99
a) Anknüpfungsmoment in einem Mitgliedstaat verwirklicht	99
aa) Beachtung von Art. 22 EuGVO durch den Zweitstaat von Amts wegen?	99

bb) Sonderfall: Unterschiedliche Sitzbestimmung bei Art. 22 Nr. 2 EuGVO	100
b) Anknüpfungsmoment in einem Drittstaat verwirklicht.....	101
aa) Spiegelbildliche Anwendung echter Ausschließlichkeitsregeln im Anerkennungsverfahren?.....	101
bb) Stellungnahme	102
4. Halbausschließliche Zuständigkeiten	103
a) Teleologische Reduktion.....	103
b) Überprüfung von Rechtsfragen, Art. 35 II EuGVO.....	104
c) Arbeitsrechtssachen	105
5. Zusammenfassung.....	105
B. Ausschließliche Zuständigkeiten in EuVTVO, EuMahnVO und EuBagatellVO.....	106
I. EuVTVO.....	106
1. Allgemeines	106
2. Echte Ausschließlichkeitsregeln.....	107
3. Halbausschließliche Zuständigkeiten	108
a) Versicherungs- und Arbeitsrechtssachen.....	108
b) Verbrauchersachen	108
aa) Verbraucherschutzregelung in der EuVTVO.....	108
bb) Vergleich des Verbraucherschutzes in EuVTVO und EuGVO.....	109
II. EuMahnVO.....	110
1. Allgemeines	110
2. Zuständigkeit	110
a) Grundentscheidung: Anwendbarkeit der EuGVO gemäß Art. 6 I EuMahnVO	110
b) Rechtsbehelfe des Schuldners zur Überprüfung der Zuständigkeit	111
c) Echte Ausschließlichkeitsregeln: Relevanz von Art. 22 EuGVO für die EuMahnVO.....	111
d) Halbausschließliche Zuständigkeiten	112
aa) Verbraucherschutzregelung in der EuMahnVO.....	112
bb) Vergleich des Verbraucherschutzes in EuMahnVO und EuGVO.....	112
cc) Art. 6 II EuMahnVO in Wegzugsfällen?	113
dd) Verhältnis von Art. 22 EuGVO zu Art. 6 II EuMahnVO	114
III. EuBagatellVO	114
1. Allgemeines	114
2. Zuständigkeit	115

a) Echte Ausschließlichkeitsregeln	115
b) Halbausschließliche Zuständigkeiten	116
IV. Zwischenergebnis.....	117

2. Teil: Ausschließliche Zuständigkeiten und besondere Rechtsinstitute..... 119

§ 5 Ausschließliche Zuständigkeiten und Gerichtsstandsvereinbarungen 119

A. Zur Berechtigung von Gerichtsstandsvereinbarungen 119

B. Zusammenspiel von ausschließlichen Zuständigkeiten und Gerichtsstandsvereinbarungen 120

I. Autonomes Recht..... 120

1. Echte Ausschließlichkeitsregeln..... 121

 a) Derogationsverbot gemäß § 40 II S. 1 Nr. 2 ZPO..... 121

 aa) Relevanz für den deutschen Richter 121

 bb) Diskussionsstand 121

 aaa) Vergleich mit einem Rechtsschutzverzicht..... 121

 bbb) Vergleich mit einer Schiedsgerichtsvereinbarung..... 122

 ccc) Keine Differenzierung nach der ausschließlichen Zuständigkeit..... 123

 cc) Zwischenergebnis 124

 b) Prorogationsverbot gemäß § 40 II S. 1 Nr. 2 ZPO 124

 aa) Spiegelbildprinzip..... 124

 bb) Beachtung ausschließlicher Zuständigkeiten nach ausländischem Recht?..... 125

2. Sonderregeln für halbausschließliche Zuständigkeiten 126

 a) Verhältnis von § 29c III ZPO und § 38 ZPO 126

 b) Verhältnis von § 29c III ZPO und § 26 II Nr. 1 FernUSG..... 126

II. EuGVO..... 127

1. Anwendbarkeit von Art. 23 EuGVO..... 127

 a) Selbständige Anwendbarkeitsvoraussetzungen 127

 b) Bezug zu mindestens zwei Mitgliedstaaten erforderlich?..... 127

2. Gerichtsstandsvereinbarungen zugunsten mitgliedstaatlicher Gerichte 128

 a) Echte Ausschließlichkeitsregeln 129

 aa) Art. 23 V EuGVO 129

 bb) Spiegelbildliche Anwendung von Art. 22 EuGVO im Rahmen von Art. 23 V EuGVO? 129

 b) Halbausschließliche Zuständigkeiten 130

aa) Versicherungs- und Verbrauchersachen	130
aaa) Grundsätzliche Regelung	130
bbb) Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarung nach Entstehung der Streitigkeit	130
ccc) Gerichtsstandsvereinbarung in Wegzugsfällen	131
bb) Arbeitsrechtssachen, Vergleich zum autonomen Recht	132
3. Gerichtsstandsvereinbarungen zugunsten drittstaatlicher Gerichte	133
a) Relevanz der Frage	133
b) Art. 23 V EuGVO und echte Ausschließlichkeitsregeln	133
c) Art. 23 V EuGVO und halbausschließliche Zuständigkeiten	134
aa) Das Problem	134
bb) Stellungnahme	135
d) Art. 23 V EuGVO und ausschließliche Zuständigkeiten des autonomen Rechts?	135
C. Zusammenfassung	136
I. Unterschiedliche Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen trotz halbausschließlicher Zuständigkeiten in Gemeinschaftsrecht und autonomem Recht	136
II. Gerichtsstandsvereinbarungen und echte Ausschließlichkeits- regeln	137
§ 6 Ausschließliche Zuständigkeiten und rügelose Einlassung	138
A. Zuständigkeitsgrund und Berechtigung der rügelosen Einlassung	138
I. Autonomes Recht	138
1. Vereinbarungsprinzip	138
2. Präklusionsgedanke	139
II. EuGVO	139
B. Zusammenspiel von ausschließlichen Zuständigkeiten und der Zuständigkeitsbegründung durch rügelose Einlassung	141
I. Autonomes Recht	141
1. Echte Ausschließlichkeitsregeln, §§ 39, 40 II S. 2 ZPO	141
a) Ausschließliche Zuständigkeit nach deutschem Recht	141
b) Ausschließliche Zuständigkeit nach ausländischem Recht	142
2. Halbausschließliche Zuständigkeiten	142
II. EuGVO	143
1. Anwendungsbereich von Art. 24 EuGVO	143
a) Alternativen der Anwendbarkeitsvoraussetzungen	143
b) Stellungnahme	143

2. Echte Ausschließlichkeitsregeln.....	144
3. Halbausschließliche Zuständigkeiten	145
a) Gerichtliche Hinweispflicht?	145
aa) Grundlegendes zu § 504 ZPO	145
bb) Hinweispflicht bei Anwendbarkeit von Art. 24 EuGVO?	145
b) Rügelelose Einlassung, obwohl eine halbausschließliche Zuständigkeit besteht?	146
aa) Vergleich der Zuständigkeitsbegründung durch rügelelose Einlassung und der Zuständigkeit aufgrund einer Gerichtsstandsvereinbarung nach Entstehung der Streitigkeit	147
bb) Abschließende Regelung der Sonderregime.....	149
cc) Gegenschluss aus Art. 24 S. 2 Alt. 2 EuGVO	149
dd) Historisches Argument	150
c) Fazit für die geltende Rechtslage	150
C. Zusammenfassung.....	151
3. Teil: Interessenabwägung	153
§ 7 Begrenzungen durch höherrangiges Recht.....	154
A. Rechtsquellen: Grundgesetz und europäischer Grundrechtsschutz	154
B. Gefährdungen des Justizgewährungsanspruchs durch ausschließliche Zuständigkeiten	156
C. Qualitätsanforderungen zur Vermeidung negativer Kompetenzkonflikte	157
I. Auswahl des Anknüpfungsmoments.....	157
1. Echte Ausschließlichkeitsregeln.....	157
2. Halbausschließliche Zuständigkeiten	157
II. Internationalisierungsfähigkeit.....	158
D. Grenzfälle	160
I. Autonomes Recht.....	160
1. § 32b ZPO.....	160
a) Justizgewährungsanspruch	160
b) Zuständigkeitsgerechtigkeit	162
2. § 32a ZPO	163
a) Justizgewährungsanspruch	163
b) Zuständigkeitsgerechtigkeit	164
II. Die Ferienhaus-Rechtsprechung des EuGH	164
E. Ergebnis	165

§ 8 Echte Ausschließlichkeitsregeln	167
A. Vorgehensweise	167
B. Rechtfertigung ausschließlicher Zuständigkeiten	167
I. Autonomes Recht	167
1. Souveränität und Territorialität	167
a) Beziehung von Souveränität und ausschließlicher internationaler Zuständigkeit	168
b) Souveränitätsverletzung und ausschließliche Entscheidungszuständigkeit	169
aa) Allgemein: Verletzung der Gebietshoheit durch ausländische Entscheidungen	169
bb) Dingliche Klagen über Grundstücke (§ 24 ZPO)	170
cc) Gewerbliche Schutzrechte	171
aaa) Das Territorialitätsprinzip	171
bbb) Wesenseigene (Un-)Zuständigkeit in Bestandsverfahren über gewerbliche Schutzrechte	173
dd) Zwangsvollstreckungsverfahren	174
c) Zwischenergebnis	175
2. Sach- und Beweisnähe	176
3. Rechtsnähe	177
a) Rechtsnähe als legitimes Interesse	177
b) Ausschließliche Zuständigkeiten und Gleichlauf	178
aa) Geeignetes Mittel	178
bb) Wahrung zwingenden Rechts	179
c) Zwischenergebnis	181
4. Effektivität der Entscheidung	181
a) Ausschließliche Zuständigkeiten zur Vorbeugung der Nichtanerkennung	181
b) Anerkennung obwohl keine ausschließlichen Zuständigkeiten bestehen?	182
aa) Grundsatz	182
bb) Entscheidungen über den Bestand eines gewerblichen Schutzrechts	183
cc) Entscheidungen im Anwendungsbereich von § 24 ZPO	184
5. Weitere Gründe für ausschließliche Zuständigkeiten	184
a) Vermeiden von sich widersprechenden Entscheidungen	184
aa) Vermeidung von sich widersprechenden Entscheidungen auf Entscheidungsebene	185

bb) Vermeidung von sich widersprechenden Entscheidungen auf Anerkennungsebene.....	186
cc) Zwischenergebnis	186
b) Interesse an der Geltung des allgemeinen Gerichtsstands	187
II. EuGVO.....	189
1. Souveränität und Territorialität	189
a) Art. 22 Nr. 1 EuGVO.....	189
b) Art. 22 Nr. 4 EuGVO.....	190
c) Art. 22 Nr. 5 EuGVO.....	191
d) Zwischenergebnis	191
2. Sach- und Beweisnähe	192
3. Rechtsnähe.....	193
a) Rechtsnähe als legitimes Interesse	193
b) Ausschließliche Zuständigkeiten und Rechtsnähe.....	194
aa) Geeignetes Mittel.....	194
bb) Wahrung zwingenden Rechts	194
cc) Ausschließliche Zuständigkeit aus Zweckmäßigkeit- gründen.....	196
4. Effektivität der Entscheidung	197
5. Weitere Gründe für ausschließliche Zuständigkeiten.....	198
a) Vermeiden von sich widersprechenden Entscheidungen	198
aa) Erstzuständigkeit.....	198
bb) Anerkennungszuständigkeit.....	200
cc) Einzelne Zuständigkeiten	201
dd) Zusammenfassung	201
b) Der Einwand der Patentnichtigkeit im Patentverletzungs- verfahren: Prozessökonomie als Argument gegen eine ausschließliche Zuständigkeit	202
c) Parteiinteressen.....	204
aa) Parteiwille.....	204
bb) Interesse an der Geltung des allgemeinen Gerichtsstands	205
d) Restriktive Auslegung ausschließlicher Zuständigkeiten	206
C. Stellungnahme	207
I. Rechtsvergleich: Die an ausschließlichen Zuständigkeiten bestehenden Interessen	207
1. Ausschließliche Zuständigkeiten in Bestandsentscheidungen über Patente	207
2. Ausschließliche Belegenheitszuständigkeit in Streitigkeiten über dingliche Rechte an Grundstücken	208

3. Tradition als Grund für die Beibehaltung einiger ausschließlicher Zuständigkeiten im geltenden Recht	209
II. Folgerungen der Interessenabwägung für das autonome Recht	210
1. Die spiegelbildliche Anwendung ausschließlicher Zuständigkeiten	210
2. Vorschlag	211
§ 9 Halbausschließliche Zuständigkeiten	213
A. Rechtfertigung halbausschließlicher Zuständigkeiten	213
I. Zugang zum Recht	213
1. Zugang zum Recht durch ausschließliche Gerichtsstände	214
a) Vorteile des heimatnahen Gerichtsstands	214
b) Ausschließliche Ausgestaltung	215
c) Zwischenergebnis	216
2. Unabhängigkeit vom forum actoris	216
II. Absicherung materiellrechtlicher Schutzstandards	217
1. forum legis	218
2. Gleichlauf	219
a) Sonderanknüpfungen	220
b) Eingriffsnormen	220
c) Stellungnahme	222
III. Wohnsitzverlegung	223
1. Das Problem der „Wegzugsfälle“	223
2. Abschaffung halbausschließlicher Zuständigkeiten als Konsequenz?	223
a) Wegzug vor Anhängigkeit oder nach Rechtshängigkeit	224
b) Wegzug nach Anhängigkeit, aber vor Rechtshängigkeit	224
c) Sonderlösung für die Verbraucherzuständigkeit in Art. 6 II EuMahnVO	225
3. Zwischenergebnis	226
IV. Zwischenergebnis	226
B. Kritik und Änderungsvorschläge de lege ferenda	226
I. Autonomes Recht	226
1. Verbrauchersachen	226
a) Besteht ein Bedürfnis für einen einheitlichen Verbrauchergerichtsstand?	226
b) Stellungnahme	227
2. Versicherungssachen	229
a) § 215 VVG im geltenden Recht	229

b) Probleme bei der Bestimmung des persönlichen Anwendungsbereichs	230
aa) Wer ist Versicherungsnehmer?	230
bb) Gilt § 215 I S. 2 VVG auch für Versicherte und Bezugsberechtigte?	231
c) Zusammenfassung	232
3. Arbeitsrechtssachen.....	232
a) Gibt es Gerichtsstände zum Schutze des Arbeitnehmers im autonomen Recht?.....	232
b) Stellungnahme	234
II. EuGVO.....	235
1. Allgemein	235
a) Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich: Diskriminierung von drittstaatsansässigen Beklagten	235
aa) Rechtslage nach der EuGVO und Änderungsvorschlag.....	235
bb) Vergleich von EuVTVO und EuGVO.....	236
cc) Erweiterung des Anwendungsbereichs der EuGVO auf Drittstaaten?	237
dd) Kritik und Bedeutung für halbausschließliche Zuständigkeiten	237
b) Rügelose Einlassung entgegen halbausschließlicher Zuständigkeit	238
c) Die Zuständigkeitsnachprüfung, Art. 35 I EuGVO	239
aa) Teleologische Reduktion aufgrund des Schutzzwecks	239
bb) Abschaffung von Art. 35 I EuGVO?.....	240
aaa) Angemessenheit des Schutzes durch Nachprüfung der Zuständigkeit im Anerkennungsverfahren?	240
bbb) Effektivität des Schutzes durch Nachprüfung in Art. 35 I EuGVO	240
cc) Ergebnis.....	241
2. Versicherungssachen.....	241
3. Verbrauchersachen.....	243
a) Typisierter Schutz?	243
b) Bedeutung des EuGH als Auslegungsinanz.....	245
c) Ergebnis.....	246
4. Arbeitsrechtssachen.....	247
a) Ausschließliche Zuständigkeit am Wohnsitz.....	247
aa) Kritik	247
bb) Stellungnahme	248

b) Ungleichbehandlung im Vergleich mit sonstigen Schutzregimen	249
C. Ergebnis	249
4. Teil: Abschließende Erwägungen	251
§ 10 Alternativen	251
A. Schaffung eines Systems subsidiärer Zuständigkeiten?	251
I. Echte Ausschließlichkeitsregeln	251
II. Halbausschließliche Zuständigkeiten.....	252
B. Modifizierung echter Ausschließlichkeitsregeln im geltenden Recht.....	254
§ 11 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	256
A. Teil 1	256
B. Teil 2	257
C. Teil 3	258
I. Höherrangiges Recht.....	258
1. Qualitätsanforderungen	258
2. Grenzfälle.....	258
II. Ergebnis der Interessenabwägung für echte Ausschließlich- keitsregeln	259
III. Ergebnis der Interessenabwägung für halbausschließliche Zuständigkeiten	263
Literaturverzeichnis	267